

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch den Postweg 1.40 Mk. für die Woche, 4.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 4.10 Mk. für den Monat. Postfachkonto Nr. 23995, Postamtlicher Bezugspreis 4.10 Mk. u. d. G. Breslau. Fernsprechnummer: Amt Nr. 2397

Montag, den 20. Juni 1921

Wage gesetzlich: Die 8. und 9. Millimetergröße soll deren Raum 1.40 Mk. auswärts 0.90 „klein- und Wohnungsgeldlose Familiennachrichten, Besuche und Beschlagnahmungen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimetergröße, 5. und 6. Millimeter oder deren Raum im Text 10. —

Der Kampf gegen das Arbeitsloseneiend

Die Arbeitslosendemonstrationen der letzten Zeit, besonders die Vorgänge im Berliner Gewerkschaftshaus, haben nicht nur die Verbandsbürokratie aus ihrer stolischen Ruhe aufgeschreckt, sie haben der gesamten Arbeiterschaft und vor allem der gewerkschaftlich organisierten, den furchtbaren Ernst der Situation gezeigt. Es muß hier ganz offen ausgesprochen werden, daß nicht nur die Gewerkschaftsführer, sondern auch ein großer Teil der Arbeiter, die sich in gesicherter Position fühlen, der Not und dem Elend der Arbeitslosen mit großer Gleichgültigkeit gegenüberstanden.

Und nun ziehen die hungernden und verelendeten Arbeitslosen vor die geheiligten Pforten der Gewerkschaftsführer, zwingen diese, Rede und Antwort zu stehen über das, was sie bisher getan bzw. nicht getan haben. Dabei kommt es vor, daß einige von diesen Herren recht unsanft behandelt werden. Darob nun große Entrüstung, nicht nur bei den Gewerkschaftsbeamten, sondern auch in der gesamten menschewistischen Presse, die wahre Schauerromane darüber veröffentlicht. Die bürgerliche Presse greift sie natürlich mit Freuden auf und es ist bezeichnend, daß sie die bedrohten Gewerkschaftsbeamten mit großem Eifer in Schutz nimmt.

Den so oft erfolgten Hilferufen der Arbeitslosen hat man längst nicht so viel Beachtung geschenkt, man hat gelegentlich einige Redensarten über die Arbeitslosennot verloren, hat im Parlament darüber geforscht, die Sache dann in Kommissionen begraben und die Arbeitslosen weiter hungern lassen.

Wir fragen, haben alle die Kreise, die solange untätig zusehen, das Recht, sich jetzt in moralischer Enttötung zu ergehen. Nein, gewiß nicht, die Herrschaften haben ja jetzt noch nicht den Willen, den Arbeitslosen zu helfen. Um aber ihre Untätigkeit zu verbergen, schreiben sie: Die Kommunisten wollen putzen, die Kommunisten hegen die Arbeitslosen auf. Unter der Ueberschrift: „Mißbrauch der Erwerbslosen zu Putzern“, steht in fast sämtlichen Zeitungen eine Notiz der rechtssozialistischen P.M., in der die vom Reichsausschuß der Erwerbsloserräte für den 20. Juni geplante Demonstration aller Arbeitslosen im ganzen Reich mitgeteilt wird. Daran wird eine längere Bemerkung geknüpft, in der es unter anderem heißt:

„Es ist also mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die am kommenden Montag geplanten „Demonstrationen“ von derselben Art sein werden wie die beiden verflorenen im Berliner Gewerkschaftshaus. Darauf läßt schon die Stelle schließen, die zu diesen „Demonstrationen“ aufruft. Die Ortsausschüsse des A.D.G. und die Stadtverwaltungen im Reich mögen also auf der Hut sein und alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, Ausschreitungen irgendwelcher Art zu verhüten. Ferner möge jeder vernünftige Erwerbslose sich darüber klar werden, daß er durch Teilnahme an sinnlosen Ausschreitungen seine schlimme Lage nicht bessern kann.“

Nach Noshemania wird hier im Voraus die Polizei scharf gemacht. Die Gewerkschaftsführer werden „gewarnt“, vor den Arbeitslosen zu sprechen. Die Demonstration wird von vornherein zum Putz gestempelt.

Wenn die Rechtssozialisten glauben, dadurch viele Arbeitslose von den Demonstrationen abzuhalten, befinden sie sich in einem schweren Irrtum, denn unter den Hunderttausenden von Arbeitslosen befindet sich eine große Zahl ihrer Parteigenossen, die genau so empört sind über das Verhalten der Gewerkschaftsführer, wie die kommunistisch gesinnten Erwerbslosen.

Ein Hauptargument der Gewerkschaftsführer, mit der sie ihre Stellungnahme gegen die Erwerbslosen rechtfertigen wollten, ist der Hinweis darauf, daß sich unter diesen viele Unorganisierte befinden, die kein Recht hätten, von den Gewerkschaften etwas zu fordern. Diese Argumentation hat auch auf einen Teil unserer Genossen einen gewissen Eindruck gemacht, sie ist aber grundfalsch und zeigt, daß viele die Aufgaben der Gewerkschaften in der jetzigen Periode nicht begriffen haben. Die Gewerkschaften sollen Kampforgeane sein für die Interessen der gesamten Arbeiterschaft. Es wäre ein Zurückfallen in zünftlerische Geslogenheiten, wenn sich der Standpunkt durchsetzen würde, daß die Gewerkschaften nur für ihre Mitglieder zu sorgen hätten. Nie und nimmer könnten mit derartigen Methoden die Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganen umgestaltet werden, sondern bestenfalls zu Organen kaltenmäßig abgeschlossener Berufsgruppen. Bisher haben die Gewerkschaften Lohnkämpfe usw. durchgeführt, ohne zu fragen, ob dadurch auch Unorganisierte Nutzen haben. Es wäre noch mehr als bedenklich, wollte man bei der Arbeitslosenfrage nach einem anderen Grundsatz handeln, zudem es sich hier um die bemitleidenswertesten Opfer des kapitalistischen Ausbeutertums handelt. Wir wollen damit absolut nicht

Polizeiwilffür in Breslau!

Dauernde Beschlagnahme der Schlesischen Arbeiter-Zeitung — Töliche Verdächtigungen von Kommunisten — Die Sondergerichte wütten weiter

Während der Reichskanzler Wirth in lockenden Phrasen zur Versöhnung der Klassen aufruft und verspricht, sich mit allen Mitteln für eine friedliche Politik nach innen und nach außen einzusetzen, geht der Kampf gegen die Kommunisten ungestört weiter.

Noch immer werden Arbeiter ins Gefängnis und Zuchthaus geschickt, noch immer wird mit Ausnahmezustand und Sondergerichten gegen die Arbeiter regiert. Der Reichskanzler Wirth spielt die Friedensschalmei, der Breslauer Polizeipräsident aber droht

mit allen Mitteln die kommunistische Bewegung in Schlesien zu unterdrücken.

Mit den insamsten, unerhörtesten Polizeimethoden wird gegen die Kommunisten Schlesiens vorgegangen.

Unsere Partei kann keine Funktionärsfugung, keine Mitgliederversammlung abhalten, ohne daß nicht mit einem Ueberfall durch die Sipo zu rechnen ist.

Täglich finden Verhaftungen führender Genossen statt. Ganz systematisch wird von der Polizei auf die Zerstörung unserer Partei in Schlesien hingearbeitet.

Erst kürzlich wurde eine Funktionärsfugung, die ein Spiegel der Polizei als „geheim“ denunziert hatte, durch Sipo aufgehoben. Organisationsstatuten wurden als „hochverräterisches Material“ beschlagnahmt.

Bezirksekretär und Bezirkshaffierer wurden verhaftet und sitzen heute noch.

Auf Grund einer Mitgliederliste, die der Sekretär bei seinen Akten hatte, wurden sämtliche Unterbezirkshaffierer Schlesiens verhaftet. Die Polizei behauptet, es habe sich um eine geheime Verschwörung gehandelt. Dieser Behauptung steht die Lächerlichkeit auf der Stirn geschrieben.

Die Breslauer Polizei wird sich damit genau so blamieren, wie mit dem Märchen von der „Roten Armee“.

Erst in diesen Tagen mußte Genosse Karl Becker aus der Haft entlassen werden aus Mangel an Beweisen. Vor einem Vierteljahr hatte man ihn verhaftet, weil er „im Verdacht“ stände, der Anführer der Roten Armee zu sein. Und worauf stützte sich der Verdacht der Polizei?

Auf die Aussagen von Lumpen und fragwürdigen Gestalten, die der Polizei ihre Dienste anbieten, weil sie auf ehrliche Weise nicht mehr zu Geld kommen können. Die Breslauer politische Polizei, deren Degerment ein Rechtssozialist ist, bedient sich dieser gekauften Subjekte, um „Material“ gegen die Kommunisten in die Hand zu bekommen.

Der Zweck dieser Uebung ist natürlich kein anderer, als die Bewegung der Kommunisten in Schlesien völlig zu unterdrücken.

Kein Mittel ist zu schamlos und keine Methode ist zu reaktionär, als daß sie nicht von der Breslauer Polizei gegen die Kommunisten angewandt würden.

Neben den Verhaftungen, deren Zahl täglich wächst,

die Arbeiter verteidigen und entschuldigen, die es bisher nicht für nötig hielten, sich einer Organisation anzuschließen. Im Gegenteil, unser ganzes Bestreben muß sein, auch den letzten Mann, den letzten Arbeitslosen, in die Organisation einzugliedern. Mit aller Schärfe werden wir uns aber dagegen stellen, daß man diese irrenseligen und durch monatelangen Entbehrungen verbitterten Arbeitslosen als Menschen zweiter Klasse behandelt und sie dadurch von der Gewerkschaft noch mehr abstößt, anstatt ihnen durch Taten zu beweisen, daß sie nur in der Organisation für ihre Befreiung, für ein menschenwürdiges Dasein kämpfen können. Führer einer Gewerkschaft, die ihre Pflicht tun, brauchen gegen Arbeiter keinen Selbstschutz, keine Sipo, sie werden geschützt von dem Vertrauen der Millionen Ausgebeuteten.

Die Arbeitslosen können sich selbst so gut wie gar nicht helfen, sie sind waffenlos, denn die Verweigerung der Arbeitskraft, der Streik, diese starke Waffe der Proletariats, kommt für sie nicht in Frage. Sie können nur durch Demonstrationen, Versammlungen usw. die Aufmerksamkeit auf sich lenken und so die Masse mitzuzwingen, sich mit ihnen zu beschäftigen. Gefährlich sind

neben den Verfolgungen durch die Polizeispitzel, neben den Sondergerichten, die trotz Amnestie gegen die Aufrührer in blinder Wut gegen Kommunisten wütten (und dabei in Breslau geschickt „demokratische Logalität“ mimieren), wird

die Pressefreiheit in unerhörtester Weise vergewaltigt. Auch der blasseste Schein von Recht wird den Kommunisten gegenüber in Schlesien nicht mehr gewahrt.

Der Polizeipräsident hat gedroht, mit allen Mitteln gegen die Kommunisten vorzugehen. Und er hält Wort.

In Schlesien herrscht die schlimmste Metternichsche Polizeiwilffür.

Von 13 Ausgaben der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ wurden 6 beschlagnahmt.

Ohne das Recht einer gesetzlichen Handhabe übt die Breslauer Polizei

Vorzensur aus und durchschneift auf Bahn und Post alle Sendungen an unsere Partei und unseren Verlag.

Ungestört tobt sich unter den Augen der Polizei in dessen die Orgeesch aus.

Auf dem Hauptbahnhof wird für den Selbstschutz gebildet, die „Schlesische Zeitung“ und die „Tagespost“ bringen täglich Artikel hochverräterischen Inhalts, aber kein Staatsanwalt, kein Kommissar findet sich, der gegen dieses Treiben einschreitet.

Die Ausnahmegerichte sind nur gegen Kommunisten da.

Die Reaktionäre, die wahren Hochverräter am Wohle des werktätigen Volkes erfreuen sich ungestrafter Freiheit. Für sie findet sich kein Sondergericht.

Dieses Kesseltreiben der Breslauer Polizei gegen die revolutionären Arbeiter Schlesiens gehört natürlich mit zum Aufmarschplan der Orgeesch.

Der Reichskanzler Wirth hat es selbst gesagt, daß gewisse reaktionäre Kreise an einem **zweiten Kapp-Putsch** arbeiten.

Und die Kappisten haben dann ein leichtes Putsch schlagen, wenn der Breslauer Polizeipräsident rührige Vorarbeit geleistet und jetzt schon die führenden Kommunisten hinter Schloß und Riegel gebracht hat.

Die SPD. Schlesiens steht diesem Treiben untätig gegenüber.

Sie begreift noch immer nicht, daß alle diese Aktionen nur Vorbereitungen sind für den großen Schlag, den die Reaktion in der nächsten Zeit plant.

Arbeiter und Bauern Schlesiens! Zerstört diese Vorbereitungen der Reaktion! Zwingt eure Führer zur Stellungnahme! Protestiert gegen die Polizeiwilffür, die nichts anderes ist, als Hilfe für Orgeesch! Fordert die Entwaffnung der Orgeeschbanditen! Bildet den proletarischen Selbstschutz!

die ihren in Arbeit stehenden Klassengenossen dadurch, daß sie gezwungen sind, ihre Arbeitskraft den Unternehmern anzubieten, was diesen eine willkommene Handhabe bietet, die Löhne aller Arbeiter zu drücken, die Arbeitszeit zu verlängern. Deshalb ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit von ungeheurer Wichtigkeit für die gesamte Arbeiterschaft. Es liegt in ihrem eigenen Interesse wenn die Arbeiter nicht nur die Veranstaltungen der Erwerbslosen auf jede Art unterstützen, sondern auch selbst handelnd einzureifen. In jeder Gewerkschaft, in jeder Betriebsversammlung, müssen Arbeitslose zum Wort kommen, die Gewerkschaften müssen durch die Gesamtheit der Arbeiter gezwungen werden, angesichts des Versagens aller Parlamente, sofort den Kampf für die Arbeitslosenforderungen aufzunehmen. Kein Hinweis auf die schlechte wirtschaftliche Lage, keine Rücksicht auf die Erfüllung der Ententeforderungen usw., darf sie davon abhalten. Geschieht das, so wird kein Arbeitsloser in dem Führer einer Gewerkschaft einen Gegner sehen, und was weit wichtiger ist, die gesamte Arbeiterschaft windet damit dem Ausbeutertum die wirksamste Waffe aus den Händen.

Fort mit den Ausnahmegerichten!

Internationale kommunistische Frauenkonferenz.

Die Sitzung des 18. Juni war den Berichten über die Lage der kommunistischen Frauenbewegung gewidmet.

Die Delegierte Deutschlands teilte mit, daß die Arbeit unter den Frauen gut und stillen geht. Bei den bürgerlichen Organisationen gibt es entsprechende Gruppen, die die Arbeit unter den Frauen leiten. Die Delegierte von Petrograd Nikolajewa berichtete über die erfolgreiche Arbeit der Petrograder Frauensektion, die die Arbeiterinnen zur Sowjetarbeit herangezogen hat. Mitglieder der Petrograder Sowjet waren anfangs nur 45 Frauen, sagte sie, dann wurden es 200 bis 340 und in der letzten Zeit über 500. Die Bäuerinnen bekundeten den Kongressen der parteilosen Frauen großes Interesse, was unsere Arbeit bedeutend erleichtert. Die Delegierte der Schweiz führte aus, daß man, was die Frauenbewegung angeht, Westeuropa in Länder teilen muß, wo die Agitationsarbeit unter den Frauen eben erst begonnen hat und in der ersten internationalen Frauenkonferenz zu verwickeln. Die Delegierte Österreichs schlägt vor, unter den verschiedenen Frauengruppen, wie Bäuerinnen, Fabrikarbeiterinnen und Arbeiterinnen, die zu gleicher Zeit auch Hausfrauen sind, nach verschiedenen Methoden zu arbeiten. Die Delegierte Frankreichs weist auf die Syndikate hin, als ein Mittel zur Propaganda unter den Bäuerinnen, und schlägt vor, zur Arbeit unter den Frauen die Volkshochschulen heranzuziehen. Die Delegierte Deutschlands sagt, daß auf dem Gebiete der Arbeit unter den zu Hause beschäftigten Frauen auf die Konsumgenossenschaft eine große Aufmerksamkeit zu richten ist. Von besonderer Wichtigkeit ist die Arbeit in den Gewerkschaften und deshalb macht sie den Vorschlag, sich an dem bevorstehenden internationalen Kongress der Gewerkschaftsverbände mit einem besonderen Bericht über die Frage der Arbeit unter den Frauen zu wenden. In der Morgen Sitzung vom 14. Juni führte Alexandra Kollontai den Bericht über die Diktatur des Proletariats.

Nach dem Kriege kam es infolge der Teuerung und der Arbeitslosigkeit in allen Ländern zu Massenbewegungen. Unter Mitwirkung der Sozialisten gelang es der Bourgeoisie, einen Teil dieser Bewegungen abzurufen. In diesem Jahre kam es aber zu einem neuen Anschwellen der Bewegung der Massen. Überall herrscht Arbeitslosigkeit. In der letzten Zeit ist der Kapitalismus zum Angriff übergegangen und häuft gegen die Organisationen des Proletariats das Proletariat selbst überall Widerstand. Die Delegierte Deutschlands, Hertel, erklärt, daß die Frauen die Diktatur des Proletariats noch notwendiger brauchen, als die Männer, da nur dadurch für sie eine Befreiung vom doppelten Joch des Kapitalismus und der Kamme im bürgerlichen Sinne erfolgen kann. Die kommunistische Partei muß sich während der Zeit der Revolution der Frauen zu allen Arbeiten bedienen: Von den Märzereignissen in Deutschland sprechend, wies die Delegierte darauf hin, daß jede Niederlage des Proletariats nach einem aktiven Kampfe zu einer Erstarkung seiner Kräfte führt.

Von der internationalen Lage Zentraleuropas sprechend, wies die österreichische Delegierte darauf hin, daß die Lage wohl schon zum Kommunismus reif sei, das Proletariat ist aber noch nicht genügend vorbereitet zu entscheidenden Aktionen. Eine der Ursachen, daß dem so ist, liegt darin, daß die Frauen noch sehr zurückgeblieben sind. In einem revolutionären Kampfe soll die Arbeiterin nicht ihre besonderen Ziele aufstellen, sondern sich einfach ein revolutionäres Kampfer für die Diktatur des Proletariats sein. Die Delegierte der Ukraine hob die Notwendigkeit hervor, entsprechend den verschiedenen sozialen Grundierungen auch verschiedene Methoden anzuwenden, um die Frauen zum revolutionären Kampfe heranzuziehen.

Die Delegierte Hertel wies in ihrer Schlussrede darauf hin, daß in allen revolutionären Fragen die größte Einmütigkeit unter den Delegierten herrscht, und daß es notwendig sei, daß die Frauenbewegung mit allen der kommunistischen Partei zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt werden soll.

Eine Rede Trotskis.

In der Abend Sitzung der internationalen Konferenz kommunistischer Frauen hielt Trotzki folgende Rede:

Der Konkrete der kommunistischen Internationale wird nicht unter solchen Verhältnissen arbeiten, die sich durch jene Klarheit der internationalen Lage auszeichnen, wie die Periode, die dem imperialistischen Kriege folgte. Dem Kriege folgte eine Zeit revolutionärer Bewegungen, die in Rußland zum Siege des Proletariats führten. Bis jetzt hat das Proletariat in Rußland seinen Sieg zu behaupten vermocht. In den anderen Staaten führte diese Bewegung nur dazu, daß das Regime der Saburburger und Hohenzollern durch die Diktatur der Bourgeoisie ersetzt wurde, oder es kam zu nicht enden mössenden Streiks. Der Krieg hat Millionen von Menschenleben und Milliarden an Volksgut vernichtet. Der Kapitalismus sucht das verlorene Gleichgewicht wieder herzustellen und seine Stellung zu befestigen. Mit dem Weisheit in der Hand kann man nicht ausrechnen, ob dies in der nächsten Zeit gelingen wird oder nicht.

Nur das eine kann man sagen: wenn die Lehren des Krieges und der Revolution in Rußland und der halben Revolution in Deutschland und Österreich vergebens waren, wenn alle diese Lehren der letzten sieben Jahre fruchtlos gewesen sind, wenn das Proletariat wieder geformt das Joch der Bourgeoisie auf sich nimmt, dann wird die Bourgeoisie ihre Herrschaft wieder voll und ganz ausüben und ihren Schwerpunkt nach Amerika, Afrika und Asien verlegen. Aufgabe des dritten Kongresses der kommunistischen Internationale ist es, dem Proletariat die nötige revolutionäre Entschlossenheit und Gelassenheit zum Kampfe mit dem Weltkapitalismus zu verleihen. Mit dem internationalen Kampfe gemessen, ist diese Aufgabe nicht so leicht als es vor zwei Jahren einzelnen Revolutionen schien mochte. Die rückständigen Schichten des Proletariats zeigen eine größere Ungeheuer, ein ausserordentliches revolutionäres Wesen, während die vorgeschrittenen Schichten ein vorrückendes, beinahe konservatives Wesen an den Tag legen.

Die Zahl der Frauen, die Lohnarbeit verrichten, hat sich in und nach dem Kriege stark vermehrt. Die revolutionäre Bewegung der Frauen ist von größter Bedeutung für den Klassenkampf. Wir müssen unsere revolutionäre Arbeit noch vertiefen und nicht nur den Weibern, sondern auch den Männern mit revolutionärem Geiste erfüllen. Und zwar auch die Gelassenheit auf die der internationale Kapitalismus jetzt seine größten Hoffnungen setzt. Wir sind stärker geworden. Und ungeachtet dessen, daß sich die Ereignisse viel langsamer abspielen, als wir dies gewünscht hätten, sind wir doch in diesem Jahre stärker geworden. Einmal Millionen, die wir über ein überaus schnelles Tempo der Weltrevolution hegen, haben wir begraben; aber wir haben uns getraut, indem wir neue Länder, neue Schichten des Proletariats erlachten.

Aber auch unsere Feinde schloßen nicht, und das ist ein Zeichen dafür, daß der Kampf sehr heiß sein und eine ungeheure Anspannung aller Kräfte, eine kluge Ausnutzung aller Teile der proletarischen Bewegung fordern wird. In der Weltrevolution wird die Frau nicht mehr eine barmherzige Schwester in politischem Sinne dieses Wortes sein, sondern sie wird Mitkämpferin an der Front des Proletariats sein. Deshalb begrüße ich die hier verammelten Delegierten.

Es lebe die internationale Arbeiterinnenbewegung!

Zeuge verneint den, es sei nur gesagt worden: Wenn Sie so etwas besetzt u. d. m., warum sind Sie nicht gleich dort geblieben? Der Zeuge erzählt weiter, daß während Verhandlungen von Spionagen erwischt worden seien.

Von den Verteidigern wird dem Zeugen entgegengehalten, daß solche Beschuldigungen auch arrangiert wurden, um gegen die revolutionären Truppen Stimmung zu machen.

Zeuge hebt, Anwalt auf dem Rittergute Gneiß, wurde von einem Trupp Sipo auf einer Straße angehalten ihm wurde von dem Offizier ein Mann vorgeführt, der auf Befehl sagen mußte: Ich habe Spionagen die Augen ausgehölet.

Holz: Diese Verurteilungen sind erlogen, die haben niemals stattgefunden, niemals haben sich die revolutionären Arbeiter dazu hinreißen lassen. Das was der Zeuge hier erzählt, ist ein Verweis dafür, daß gefangene Arbeiter durch ärztliche Mißhandlungen gezwungen wurden, das zu sagen, was man ihnen in den Mund legte. Bei mir selbst hat man den gleichen Versuch gemacht, um von mir ein falsches Geständnis zu erpressen. Holz beweist an zwei Beispielen weiter diese schändliche Methode. Ein Arbeiter wurde nach dieser Erpressung erschossen, ein anderer ist nach den entsetzlichen Mißhandlungen an Heringslag gestorben.

Nunmehr kommt der Hauptfall: die Erschießung des Rittergutsbesizers Heß zur Sprache.

Vorsitzender: Wir kommen jetzt zu dem Hauptteil der Anklage, der Ermordung des Gutsbesizers Heß in Rottschendagen.

Holz: Prinzipiell würde ich auch hier jede Aussage verweigern, wenn ich trotzdem spreche, so tue ich es nur auf den Wunsch meiner Verteidiger. Der Ausgang dieser Gerichtsprobe ist mir gleichgültig. Ich weiß, daß, wenn es dem Gericht nicht gelingen sollte, nur einen Mord nachzuweisen, die Gesellschaft der Parasiten und der Ausbeuter diese Gesellschaft von Mordmördern, Mittel und Wege finden wird, mich zu verurteilen.

Vorsitzender: Angeklagter, das ist doch Unsinn.

Verteidiger Broch: Das ist kein Unsinn, denken Sie an die Menschermorde an Carrels, Siff, Cichnach, Rosa Luxemburg und an den andern Revolutionären.

Vorsitzender protestiert wieder.

Holz ruft laut: Sie haben doch den Auftrag, hier einen Mord zu konstatieren und mich dann zu verurteilen. Wollen Sie leugnen, daß Ihnen meine Ermordung nicht höchst angenehm wäre? Hier in diesen Saal werden nur Angehörige der besitzenden Klasse eingelassen, weil Sie Angst haben vor dem revolutionären Proletariat. Warum umgeben Sie sich mit der bewaffneten Macht? Will Sie die Absicht haben,

einen Mord zu konstruieren,

um mich dann zu verurteilen.

Der Vorsitzende verbietet sich mit überknappender Stimme solche Ausführungen.

Holz gibt dann zum Fall Heß eine Erklärung ab. Als Mensch muß ich den Tod des Heß beklagen. Niemand hat damals seinen Tod gewollt. Später habe ich allerdings gehört, daß Heß während des Rapp-putsches sich als ein großer Feind der Arbeiterklasse zeigte, daß er bei den Arbeitern des Ortes und der Umgebung sehr verhaßt war. Holz erklärt und bemerkt dann, daß er nicht die verhängnisvollen Schritte abgeben hätte. In dem Tage hätte er gar keine Waffe besessen. Er erst einlos Stunden vorher von dem verlorenen Befehl in Altmendorf sich zu der Truppe waffellos durchzuschleichen hätte. Die bewaffneten Arbeiter waren in den Gutsgehöfen einzuordnen, um Kleidung und Lebensmittel zu requirieren. Um Ungeheuerlichkeiten zu verhindern, ging ich auch ins Haus und fand dort den Gutsbesitzer Heß von etwa zwanzig Leuten umringt. Heß zeigte sich sehr auferregt, aufeinander hatte er eine Waffe bei sich, die er verbergen wollte. Pöflich sprang er in den Hof hinaus und verließ mich er da in keiner Angst geschossen, und dann fielen die verhängnisvollen Schritte, die ihn niederstreckten. Per ganze Vorfall spielte sich mit einer so überaus schnellen Schnelligkeit ab, niemand von den Leuten hatte diesen Ausgang der Tragödie gewollt.

Vorsitzender: Es wird von Zeugen behauptet, daß Sie auf Heß den ersten Schuß abgegeben und dann „Salvo“ kommandiert hätten.

Holz befreit das entschieden. Er hätte auch gar nicht den Oberbefehl über den Trupp gehabt und war den ersten Schuß noch ganz unbekannt, da er erst wenige Stunden vorher zu ihnen gekommen war.

Nach einer Pause verkündete das Gericht folgenden Beschluß: Der Antrag der Verteidigung, daß Holz eigene Kleidung tragen darf, wird aus Sicherheitsgründen abgelehnt. Ebenso lehnt das Gericht ab, eine andere Bekleidung des Aufnahmerraumes herbeizuführen.

Es kommt hierauf die Reugin Heß zur Vernehmung. Sie schreit unter Weinen die Vorwürfe in der Gutsvilla und die Erschießung ihres Mannes. Etwa 20 Mann wären in das Haus einedrungen und hätten Mäntel und Lebensmittel verlangt. Wer Mann sei Mißhandlungen unterworfen worden, an denen sich auch Holz beteiligt hätte. Als der erste Schuß fiel war sie in einem physischen Schreckes und sah, als sie aus dem Fenster sah. Ihren Mann auf dem Hofe ankommen sehen. Die Reugin gibt dann weiter an, daß sie in den Hof hinunterwollte, sie drückte sich, wie Holz eine Percepsung mit der Hand machte, als ob er einen Revolver wegwerfen wolle. Er hätte dann auch noch „Salvo“ kommandiert.

Holz und seine Verteidiger verachten aus Gründen der Pietät auf weitere Fragen an diese Reugin.

Staatsanwalt Höner macht die Reugin darauf aufmerksam, daß sie bei früheren Vernehmungen ihre bestimmten Angaben einverleumdete hätte und daß heute ihre Aussagen viel befremdender für Holz sind als sie damals waren.

Reugin Heß: Damals war ich in zu großer Aufregung.

Vorsitzender: Sie bleiben also heute dabei, daß Holz das Kommando gegeben hat, auf Ihren Mann zu schießen. Die Reugin bejaht das.

Die Reugin Weber, Wirtschaftlerin auf dem Heß'schen Gute, will erklären, daß Holz mit einem Revolver bewaffnet war. Sie lächelt lächerlich die Vorwürfe in ähnlicher Weise wie Frau Heß.

Verteidiger Broch: Sie haben früher bekundet, daß der Mann, der auf Heß geschossen hätte, etwas einseitige Schultern gehabt hätte und daß er den Eindruck eines Vermählten machte. Der Angeklagte macht doch aber wirklich nicht diesen Eindruck. Hier rufen die Jurors im Aufnahmerraum: Doch.

Fortsetzung der Vernehmung.

Verteidiger Juror Broch stellt zur Charakterisierung des Zeugen Heß, der als Sozialdemokrat vom Staatsanwalt aufgegriffen wurde, aber in seinen Vernehmungen sehr widersprüchliche Aussagen machte, einen Revisionsantrag der einverleumdete nach, daß Heß während der Verhandlung behauptete, wie die Polizei behauptet zu haben, Holz zu ermorden und nicht mit der Frau in Verbindung gefanden zu haben, drei Wochen nach Niederlassung der mittel-europäischen Bewegung mit einem Einmüßiger zu einem revolutionären Arbeiter, der an der Bewegung aber nicht aktiv beteiligt war, gekommen sei und diesen Arbeiter unter dem Namen des Sino Härtlicher mißhandelt hätte. Weiter, daß dieser Zeuge, trotzdem ihm durch die Bewegung kein Schaden an dem Hof und Gut entstanden war, eine hohe Summe Geldforderung gestellt hat und daß er weiter für die Frau als Zeuge tätig ist.

Die Hauptkriminalanwaltschaft wird nunmehr der Schaffner Walter Heß vorführt, der zur Zeit wegen Diebstahls an der Bäuerinnen eine Gefängnisstrafe verbüßt. Heß, der in seinen Aussagen die Holz immer besessen sehr bestimmt auftritt wird durch das Hauptverhör der Verteidiger und auch durch Holz in die Enge getrieben, und verweist sich in la arabischer Weise, daß man ihn bestimmten Eindruck hat. Dieser Mensch, der keine eigenen Aussagen machen darf, verweist sich selbst aber in ein günstiges Licht zu bringen verfuhr.

Ein schaffner Spittel, ehemals Chef der Reichswehr, war bei der Truppe, die die Requirierungen auf dem Heß'schen Gute vornehmen wollten. Parteimann der Transportkompanie. Man war die Bewachung der Gefangenen übertragen worden.

Die Reugin vor der Heß'schen Villa bekundete, daß er seinen Worten verfallen haben und von einem anderen Zeugen deutlich gesehen haben, daß Holz den Gutsbesitzer Heß niederschoss.

Verteidiger Broch weist darauf hin, daß der Zeuge, der die Vorgänge auf dem Gutsgehöfen aus nächster Nähe betrachtet haben soll, 160 Meter von dem Hofort entfernt war, also unmöglich so genau, wie er es angibt, die Dinge verfolgt haben konnte.

Verteidiger Hege wili: Zeuge liebe, Sie haben bei Ihren

Wie man auf Proteste antwortet!



Selbstverständlich werden wir sofort entzählen. Wir wollen nur rasch . . .



— unsere Vertreter anrufen!

früheren Vernehmungen wiederholt angegeben, daß Holz auf den Gutsbesitzer Heß von der Straße aus geschossen hätte.

Zeuge: Damals habe ich mich geirrt. Holz hat aus dem Haus herausgeschossen.

Verteidiger Hege wili: Bei den genauen Schilderungen, die Sie damals im Protokoll gaben, ist doch die heute abgeänderte Aussage immertin merkwürdig.

Die Verteidiger machen den Zeugen und das Gericht weiter auf verschiedene widersprüchliche Angaben aufmerksam, so daß außer allem Zweifel steht, daß dieser Zeuge durch die Befragungen für Zeugenaussagen sich leisten läßt, wahrheitswidrige, Holz belastende Aussagen zu machen.

Die Aussagen des Staatsanwaltsrat Luther bestätigen noch vollends diese Auffassung. Luther gibt an, bei den Vernehmungen des Heß hätten sich formwährend Widersprüche ergeben. Bei einem Vorstermin, der auf dem Gutsgehöfen abgehalten wurde, hat Heß trotz seiner früheren genauen Feststellung die Dichtigkeit nicht wiedererkannt. Erst als er ihm deutlich zu verstehen gab, daß dort und nicht wo anders der Tatort sei, habe sich Heß dann plötzlich darauf bekehren können.

Die Verteidiger und Holz machen noch einmal darauf aufmerksam, daß der Zeuge Heß bis zu dem Rekalktermin immer behauptet hatte, Holz habe von der Straße geschossen. Erst als man ihm dort seine jetzige Darstellung aussagen in den Mund legte, horkierte er seine vorherigen Aussagen.

Holz: Der Zeuge Heß behauptete deutlich gesehen zu haben, daß ich mit einem Revolver Heß niedergeschossen hätte. Ich habe an dem fraglichen Tage gar keinen Revolver getragen und es hätten auch auf dem gestärkten Hofe dann Revolver-Patronenhüllen gefunden werden müssen, die Polizei fand jedoch nur Gewehrpatronenhüllen.

Holz verliest dann einen Brief, der an seine Verteidiger von einem Arbeiter aus dem Aufnahmerraum geschrieben wurde. Dieser Brief enthält ganz unverschämte Drohungen und Beschuldigungen. Holz knüpft daran mit Recht die treffende Bemerkung, daß es bei dieser Zuhörerhaft doch besser wäre,

die Gerichtskomödie

in ein Weinrestaurant des Kurfürstendamms zu verlegen.

Verteidiger Broch: Täglich bekommen wir solche Drohbriefe. Sie sind Charakteristik für die Geistesverfassung dieser Zuhörer. Wir verlangen noch einmal, daß auch Arbeiter zu dieser Verhandlung zugelassen werden.

Einige Zeugen werden noch vernommen, die auslagen, nicht gesehen zu haben, daß Holz auf den Gutsbesitzer Heß geschossen hätte. Nachdem der Zeuge Staatsanwaltsrat Luther auf Befragen der Verteidigung Segemisch noch wiederholte, daß von dem Hofe, auf dem der Zeuge Heß die Erschießung des Gutsbesizers Heß beobachtet haben will, Personen, die während des Rekalktermins am Tatort platziert wurden, nur undeutlich zu erkennen waren, wird die Verhandlung geschlossen.

5. Verhandlungstag.

Holz: Die letzten Tage haben mich sehr angegriffen. Ich möchte das Gericht daher ersuchen, mir für morgen Urlaub zu gewähren, damit ich mit meiner Frau einen Ausflug nach dem Grunewald machen kann.

Der Vorsitzende verbietet sich Witze.

Holz: Für mich ist die ganze Verhandlung nur noch eine Komödie.

Vorsitzender (mit erhobener Stimme): Für uns ist es eine ernste Angelegenheit.

Holz: Wenn die Gerichte nur in anderen Fällen, wo es sich um Arbeitermorde handelt, solchen Ernst zeigen würden, z. B. Karlsruher Studenten und den anderen Arbeiterführern gegenüber.

Zwei Zeugen, der Arbeiter Petrusche und Ernst Gerber werden vernommen, die bei der Requirierung auf dem Gute Rottschendagen zugegen waren. Beide waren Angehörige der roten Armee. Sie wollen gesehen haben, daß Holz den Gutsbesitzer erschossen habe, daß Holz auf Heß geschossen hat, haben sie jedoch nicht.

Aufforderung zum Kommunismord im Reichstag.

In der Reichstagsitzung vom 17. Juni schilderte bei der Interpellation über die Ermordung des Unabhängigen Gareis in München der Abg. Unterleitner (USP.) das bayerische Schandregiment. Er zählt die vielen Morde an revolutionären Arbeitervertretern auf (die Deutschnationalen lachen). Er nennt die des Wortes verdächtigen Studenten, Offiziere, nennt die allgemein bekannten Mörder bei Namen (die Deutschnationalen und die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei lachen). Es kommt darüber zu erregten Zwischenrufen der Kommunisten und der Unabhängigen. Unterleitner schildert das Morden der Reaktion nach der Ermordung Gareis. „Boehner hat es verboten, daß die Arbeiter ihren ermordeten Genossen das Totengestell geben!“ Abg. D. Mittelmann (D. Sp.) ruft: Da hat er recht! (Erregte Zwischenrufe auf der ganzen Bank.)

Abg. Unterleitner schildert die planmäßige Mordbege der deutschnationalen Presse. (Zufriedenes Lächeln auf der rechten, wachsende Erregung auf der gesamten linken.) Der Redner führt weiter aus: Studenten haben bei der Rückfahrt von einer Einwohnerwehrezusammenkunft erklärt:

„In Bayern müßten 4000 bis 5000 Kommunisten an die Wand gestellt werden, dann erst wird Ruhe sein.“ Auf die Frage, ob sie keine Verfassung wollten, erklärten sie: „Wir wollen keine Verfassung, Kommunisten sind keine Deutsche, die gehören an die Wand gestellt, die erledigen wir kalt!“ Da ruft der Abg. Mittelmann (D. Sp.) dazwischen:

„Da haben sie recht!“ Stürmische Entrüstungsrufe auf der ganzen linken. Der kommunistische Abgeordnete Kemmle springt von seiner Bank auf, schreit auf Mittelmann zu. Dr. Helm von der bayerischen Volkspartei sucht ihn zurückzubalten. Kemmle reißt sich los, faßt Mittelmann an die Kehle und schlägt ihm ins Gesicht, indem er schreit: „Du Lump, du Elender.“

Die kommunistischen Abgeordneten Darg, Hoffmann u. a. stürzen ebenfalls auf Mittelmann zu, um den sich eine Schar deutschnationaler und volksparteilicher Abgeordneter gestellt hat. Unabhängige und selbst Sozialdemokraten werfen sich unter lauten Entrüstungsrufen ebenfalls auf die Deutschnationalen. Der Unabhängige Simon wird nur mit aller Mühe von den Nationalen zurückgehalten. Dittmann kommt ebenfalls von der Präsidententribüne herunter, allgemeine Entrüstungsrufe auf der gesamten linken mit Einschluß der SPD. Abg. Kemmle springt die Rednertribüne hinauf und ruft dem Präsidenten zu: „Ungehört, daß Sie hier nicht einschreiten.“ Präsident Loebe schließt unter allgemeinem fortwährendem Tumult die Sitzung und geht mit dem Reichskanzler Birck hinunter, um den Tumult zu beschicken. (Rufe der Kommunisten und Unabhängigen: Der Mordmüßig muß hinaus, hinaus mit ihm!) Mittelmann steht die ganze Zeit bleich wie ein Leichen da. Die Erregung hat sich auch auf die Tribünen fortgesetzt. Ein sozialdemokratischer Arbeiter ruft: „Ich bin kein Kommunist, aber die Kommunisten haben recht und da müssen wir zusammenstehen!“

Sie, da ein Führer der Deutschen Volkspartei zum Kommunismord auffordert, waren die Sozialdemokraten und die Unabhängigen mit uns Kommunisten in einer Linie gegen den Sprecher der Reaktion zusammenschlossen. Draußen wurden Tausende Kommunisten angefeindet, Tausende werden täglich in Zuchthäusern und Gefängnissen auf den Tod gemartert — und da stehen die sozialdemokratischen Führer auf der Seite der mordenden Reaktion. Sie brachten sich gegen die Freilassung aller politischen Gefangenen aus, die von Richtern verurteilt wurden, die täglich tun, wie es Abgeordneter Mittelmann wünscht. Zehntausenden Arbeiter droht die Reaktion mit dem Schicksal, das der Abgeordnete Mittelmann ihnen wünscht. Und die Rechtssozialisten und die Unabhängigen wollen noch immer nicht Seite an Seite mit uns den Kampf aufnehmen gegen die Reaktion. Heute im Reichstag war die bürgerliche Mehrheit bleich und feige vor der geschlossenen Mute der Vertreter der Arbeiterparteien und verlor sich nur zaghaft alles unzulässig.

Die bürgerliche Minderheit im Deutschen Reich muß sich pittern und verrecken und die Waffen strecken, wenn die Arbeiterklasse nicht sofort zum Kampf gegen sie überreißt!

Nach Erledigung einiger Anfragen spricht zu der unabhängigen Interpellation über die Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis Abg. Unterleitner (USP.): Der Mord an Gareis ist der Ausfluß eines bestimmten politischen Systems. In Bayern besteht seit Eisers Ermordung in enger Verbindung mit der Polizei eine Geheimorganisation, die sich zur Aufgabe macht, politisch mißliebige Personen zu beseitigen. Der Mörder des Genossen Gareis steht der politischen Abhaltung der Münchener Volkspartei sehr nahe. Gareis konnte die Waffenlager der bayerischen Einwohnerwehr genauer als die Regierung. Nur in der bayerischen Ordnungsgesetzgebung konnte der politische Mordmord ein politisches Kampfmittel werden. Der Mörder Eisers, Graf Arco, ist heute bayerischer Nationalabgeordneter. Der Mörder Landwärters, Freiherr von Gagern, ist ein gerichtlicher Protokollist genau bekannt — ihm geschieht nichts. Der Mörder des Professors Horn ist bekannt. Der des politischen Wortes an dem Plektischen Sammler dringend verdächtige Leutnant Schmeighardt läuft frei herum. Der Bayerische Landtag hat sich hinter alle diese Mörder gestellt. Der Redner verliest einen Brief des Vorsitzenden der bayerischen Volkspartei, wonach Ruzler auffordert, Vertreter unter einem Vorwand aufzusuchen und mit Unterstützung eines Reichstagsabgeordneten zu beseitigen. Der Ministerpräsident deckt solche Taten. Er habe schon einmal einen Einwohnerwehremann aus den Klauen des Gerichts befreit. Gareis hat niemals eine Zeile für ein auswärtiges Blatt geschrieben. Hinzu kommt, daß Dr. Heim eine Vollst. des Landesverrats, er will Süddeutschland von Deutschland losreißen. Dem Mörder von Gareis wird kein Haar gekrümmt werden.

Boehner gehört selbst ins Zuchthaus. Abg. Unterleitner verliest eine große Zahl bayerischer Zeitungen, in denen offen zum Mord aller ihnen mißliebigen Personen aufgefordert wird. Er kommt dann zu der Schilderung von Boehners Vorgehen gegen den Treueberg und zur Übergabe des Reichstages, von dem wir schon oben berichteten, wobei der Abg. Mittelmann (USP.) den Zwischenruf tut, der zu dem Tumult und zur Entlassung der Sitzung führt.

Nach Schluß der Sitzung fand eine Rednerankündigung statt, in der entgegen der Aussage des amtlichen Stenogramms und entgegen der Aussage der einzeln vernommenen Stenographen die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten beauftragt, der Satz „die erledigen wir kalt“ sei nicht gesprochen worden. Vertreter von den Demokraten legte aus, ein Fraktionsmitglied habe zu ihm gesagt: „Anerkennst, was der Mittelmann da sagt. Wenn der jetzt ein paar Örsenigen bekäme, gehebe es ihm eher recht.“

Das hatten wir hier, jetzt, um das Vergehen der sozialistischen Korrespondenz zu kennzeichnen, die jetzt schon wieder wegen des Vorgehens von einzelnen bürgerlichen Abgeordneten gegen die Kommunisten gegen uns eine Hege entfalten wollen.

Nach 2-stündiger Pause eröffnet Präs. Loebe die neue Sitzung. Der Mittelmann und seine ganze Umgebung habe den Satz: „die erledigen wir kalt“ nicht gesprochen und so könne sich kein Zwischenruf auf nicht darauf beziehen haben. Präsident Loebe erwidert dem Abg. Mittelmann eine scharfe Rüge, darauf kam er es sich nicht verlagern, auch dem Abg. Kemmle eine Rüge zu erteilen. (Zurufe der Kommunisten: Mittelmann ist ein erbärmliches Feigling und Lügner.) Abg. Unterleitner führt keine Rede zu Ende und verlangt von

Kampf dem weißen Mordsystem!

Noch lobert die helle Empörung unter den deutschen Arbeitern über den ungerächten Mord an Gareis, noch sucht die deutsche Bourgeoisie durch schelmisches Verleiden von der geschahenen Mordtat und durch demagogische Gegenangriffe gegen die allerwelt-schulbigen Kommunisten die tatsächliche praktische Solidarität der deutschen Konterrevolution mit den Orgeschuntaten zu verhalten, und schon geben Sozialdemokraten und Unabhängige der schuldbeladenen Konterrevolution moralische Hilfestellung, indem sie den Zusammenstoß des Genossen Kemmle mit dem deutschnationalen Mordbege im Parlament dazu benutzen, um in weiser „Gerechtigkeit gegen rechts und links“ jene verlogene Atmosphäre der „Neutralität“ zu erzeugen, in der die Klassengegenstände zwischen der herrschenden Bourgeoisie und dem geknechteten Proletariat erschwimmen. Ganz besonders die bürgerlichen Sozialisten in der „Freiheit“, die sich erneut über die „unwürdige“ Behandlung des Parlamentsstandals durch die „Rote Fahne“ und über das „Kampfniveau der Kommunisten“ aufregen, liefern der Konterrevolution so recht die Waffen, die sie gegen die Vertreter des revolutionären Proletariats, gegen die Kommunisten braucht.

Der Mord an Gareis, die Mordbege im Parlament bekommen in dieser menschewistischen Beleuchtung den Charakter von zufälligen Einzelfällen, von denen die Konterrevolution desto leichter nach außen hin abrücken kann, je mehr von den schlechten Manieren und Parlamentarismethoden der Kommunisten, und je weniger von dem geschlossenen weisgarbigen Mordsystem geredet wird, für dessen Gesamtheit und für dessen mit politischer Notwendigkeit sich ergebenden Einzelsymptome die Kapitalistenklasse als Ganzes verantwortlich ist.

Den Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung müssen „Vorwärts“ und „Freiheit“ schon heute selbst geben durch Meldungen aus Braunschweig und Tilsit, die den planmäßigen Charakter des bürgerlichen Mordsystems in seiner ganzen politischen Bedeutung enthüllen. Diese Nachrichten besagen:

In Freistaat Braunschweig bestehen drei ungesetzliche militärische Organisationen: „Selbstschutz“, „Stahlhelm (Bund der Frontkämpfer)“ und „Braver Heiberich“. — Über den Geist dieser Organisationen folgende Beispiele:

1. Am 30. März dieses Jahres fand bei Professor Ausfeld eine Oberführerversammlung des „Selbstschutz“ statt, in der unter anderem über die Lage in der kommunistischen Partei Bericht erstattet wurde. Von einer Seite wurde zu größter Vorhut gemacht, worauf der Führer des Stoßtrupps Erich Gessers, Di-

der Regierung die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Zur Beantwortung der Interpellation erhält der Reichskanzler Birck das Wort.

Wirth kennzeichnet die Ermordung als feine, schmähliche Tat, die ihre Sühne finden müsse. Nun bleibe die Frage nach den politischen Motiven dieses Mordes. Die Bayerische Staatsregierung betreibt die Untersuchung über den Mord mit dem größten Eifer. (1) Staatsregierung und Polizei, Gewerkschaften und politische Parteien seien in gleicher Weise eifrig daran, die Tat aufzuklären. (Gaben bei den Kommunisten) Die Entwicklung Deutschlands ist an einen kritischen Punkt angelangt. Den Angriffen auf die bayerische Staatsregierung kann ich nicht folgen. (1) Wir müssen bei der Behandlung der süddeutschen Länder sehr vorsichtig sein. Wir können nicht in die Selbstständigkeit eines Landes eingreifen.

Die Entwicklung in Bayern führt aber dazu, daß die Einheit des Reiches zerstört wird.

In ganz Süddeutschland gibt es eine Reihe Hebergänge, hinter denen Männer stehen, die den Süden vom Norden trennen wollen, um in dem entstehenden Wirtware die Reaktion in Deutschland zu Siegen zu bringen.

Bei allen Reden gegen das deutschnationale Treiben betont Wirth immer wieder, daß er tatsächlich nichts dagegen zu unternehmen gedenke. Alle seine Reden sind demagogische Phrasen, um die Unabhängigen und Sozialdemokraten einzufangen, damit sie nicht den einzigen Weg gehen, der zur Beseitigung der von Wirth selbst als unerträglich und gefährlich bezeichneten Zustände gehen, den Weg der revolutionären Tat. Den Ausnahmezustand in Bayern will er auch weiter nicht aufheben, und er tritt damit der von den Unabhängigen gestellten Forderung entgegen. Die Unabhängigen werden daraus die Konsequenz ziehen müssen, wenn sie nicht als Leute dassehen wollen, die einem Schönredner zuliebe das Interesse der Arbeiterschaft preisgeben.

Zuchthaus und Tod für die Kommunisten. Verzeihen und Verzeihen für die Reaktion ist das Programm des Schönredners Wirth. Die Arbeiter haben sich zu entscheiden, ob sie den Kampf gegen die Reaktion dem hegreichen Vordringen des legalen Staatsgedankens in der bayerischen Volkspartei überlassen wollen oder dem geschlossenen Kampf der Arbeiter selbst gegen die bewaffnete Reaktion. Die Unabhängigen sind nochmals vor einer Entscheidung gestellt, die darüber bestimmen wird, ob ihr Schicksal das von Arbeiterveträgern oder das von revolutionären Arbeiterführern sein wird.

Eröffnung des Kongresses der 3. Internationale.

(N. C.) Tersch, 17. Juni. Zur Feier des Kongresses wird in Moskau die „Universität der Völker des Orients“ eröffnet. Sie „Sowjetlands“ wird eine Ausbreitung veranstaltet, die die internationale Arbeiterbewegung, die Arbeit der kommunistischen Partei und die Massenarbeit der Sowjets illustrieren soll. Die erste Sitzung des Kongresses fand in der Großen Staatsoper statt und wurde mit einer Rede des Mitglieds des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei Dutschak eröffnet.

Darauf folgten Ansprachen von Vertretern der kommunistischen Parteien Deutschlands, Englands, Frankreichs, Polens, der Schweiz, Bulgariens, Norras und Japans.

Troßt an die Rote Armee.

Zum dritten Weltkongreß. Moskau, den 14. Juni 1921.

Zum dritten Male versammelt sich der Weltkongreß der kommunistischen Internationale in Moskau, zum dritten Male empfängt Moskau die Vertreter des Proletariats und der ganzen Welt. Rote Soldaten! Während dreieinhalb Jahren habt ihr die erste Arbeiterrepublik der Welt behauptet und verteidigt gegen die Anschläge und Ueberfälle der Räuber und Verräter aller Länder. An der Wolga und am Ob, an der nördlichen Düna und an der Neva, an der Dnestra und am Dnepr, im Kuban-gebiet habt ihr gekämpft unter dem Banner der Inter-

nerstraße 5, erklärte, „man solle der Gesellschaft die Köpfe blutig schlagen und sie alle an die Wand stellen, Dörfer, Junke und Bucherleihen dazu“.

2. Am 2. Juni dieses Jahres fand eine, vorwiegend von Studierenden unserer Hochschule besuchte Versammlung des „Stahlhelm“ statt. Nach dem Schluß der Versammlung trat ein Student die bezeichnende Aeußerung, „wenn er den Minister Dörfer zu fassen bekomme, so werde er ihn ohne weiteres kastern, und man werde ihn wegen dieser Tat obendraßeln noch fesseln.“

Der „Vorwärts“ meldet:

Tilsit, 18. Juni. Das Gewerkschaftskartell und die drei sozialistischen Parteien veranstalteten gestern Abend um sechs Uhr auf dem bleibenden Anger eine große Protestversammlung aus Anlaß der Ermordung des Abgeordneten Gareis in München. Als nach dem Reden der einzelnen Parteiführer sich der Demonstrationszug in Bewegung setzte, wurde er von einer Abteilung Schupo am hohen Tor empfangen. Die Demonstranten machten Schritt und gingen durch eine andere Straße. Die Schupo war inmitten in ihren Autos auf Anmarsch bereits wieder dem Zuge entgegengeköhlt und stellte sich ihm wiederum entgegen. Die Menge übertraunte jedoch die Schupobeamten. Es wurde darauf geschossen und zwei Personen verwundet. Während der Zug sich weiter in Bewegung setzte, wurde er an einer anderen Stelle wieder von der Schupo abgefangen. Die Menge, aufs höchste erregt durch ihre verwundeten Kameraden, stellte die Schupo energisch zur Rede. Die Demonstranten wurden darauf von dieser aufgefordert, den Platz zu räumen. Als sie dieser Aufforderung nicht folgten, wurden zwei Hauptgranaten in die Menge geworfen, wodurch drei Personen schwer verletzt wurden. Die Ermordung hierauf ins unermessliche. Erst am frühen Abend konnte der Platz durch gütliches Reden geräumt werden.

„Vorwärts“ und „Freiheit“ stellen zwar fest, daß die herausgegriffenen Beispiele charakteristisch sind für die Atmosphäre, in denen politische Attentate, wie in München, entstehen. Sie ziehen aber nicht die Konsequenz daraus, daß das Proletariat sich gegen das planmäßig arbeitende bürgerliche Weisgarbentum tatkräftig und geschlossen zur Wehr setzen muß. Durch Entrüstung und moralische Brandmarkung der Weisgarbigen wird kein einziger Orgeschmann die Waffe entlassen. Durch den Rat die Arbeiter sollen die Orgeschanditen und ihre parlamentarischen Vertreter mit Verachtung strafen und selber läblich moralisch und anständig bleiben, wird in der Tat der Konterrevolution nur der Rücken gekehrt. Die Abwehr der Anschläge der bewaffneten Konterrevolution kann in Wahrheit nur durchgeführt werden durch den bewaffneten Kampf des Proletariats.

nationale. Ihr habt um den Preis eures Blutes Sowjetland, die Zeitung des Weltproletariats geschützt, ihr habt der Arbeiterklasse aller Länder die Möglichkeit eröffnet, sich unter euren Schutze mitten im Herz des Sowjetlandes zu versammeln, um die weiteren Kampfmethoden auszumachen und neue Wege für den Kampf gegen die Unterdrückung durch den Kapitalismus zu finden.

Am 17. Juni wird die Moskauer Garnison im Namen der ganzen Roten Armee eine Feier für unsere lieben Gäste, unsere Brüder im Kampfe veranstalten.

Revolutionsäre Soldaten, Kommandanten und Kommuniste! Ein Hurra für die kommunistische Internationale! Ein Hurra für das Heerwesen und die Marine. Leo Trotski.

Klara Zetkin Vorsitzende der kommunistischen Fraueninternationale.

Die zweite internationale Konferenz der kommunistischen Frauen in Moskau wählte die deutsche Reichstagsabgeordnete Klara Zetkin zur Vorsitzenden der kommunistischen Fraueninternationale.

Jeder Deutsche muß Schnaps brennen!

Eine wertvolle Anregung der „Deutschen Tageszeitung“.

insbesondere für den DDB. A. R. Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 10. Juni läßt sich aus Amerika berichten, daß der Kommissar für die Durchführung des Alkoholbotes im Staat Ohio die Befehaltung aufgestellt hat, heute abends in Ohio statt ein-er Hundert Brauereien und Schnapsbrennerien Hunderttausende derartiger Einrichtungen. Heute ist dort jeder Amerikaner kein et-erer Schnapsabrikant und Brauer.

Man erkennt den Geant des gefeglichen strengen Alkoholverbotes, jubelt die „Deutsche Tageszeitung“. Fürdlich stellte der Reichslandbund als eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Aufbau der deutschen Landwirtschaft die Förderung des Schnapsbrennens hin. Vielleicht läßt sich die „Deutsche Tageszeitung“ dazu jenes amerikanische Verfahren für Deutschland patentieren? — Das politische Interesse des Bauers an der Verbannung breiter Volksmassen durch Alkohol ist jedenfalls ebenfalls gewichtig, wie kein wirtschaftliches an hohen Preisen, wie das Schnapsbrennen sie gewährt.

Wir wollen die Deutschnationalen auf Helfers Helfer bei dieser aufbauenden Tätigkeit aufmerksam machen. Eritens auf die „Frei-wissenschaftliche sozialistische Agrar-Korrespondenz“, ein rechts-sozialistisches Blatt, das in seiner letzten Nummer 23 feststellt, daß zur Aufrechterhaltung einer guten Viehwirtschaft die landwirtschaftlichen Kartoffelbrennerien geradezu ein ideales Mittel sind.“ Die idealistischen Großpagatier werden gewiß nicht auf ein solches Mittel verzichten.

Der gleichen Meinung sind die Bürokraten des Deutschen Landarbeiterverbandes. Vor kurzen nämlich stellte der Arbeiter-Aktionsbundes eine Umfrage an verschiedene Arbeiter-Organisationen, ob sie ein Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Schnaps bejwärtigen, eine Frage, die von der SPD und der kommunistischen Jugend selbstverständlich mit „Ja“ beantwortet wurde. Georg Schmidt hingegen antwortete „im Auftrag“ des DDB. freudig mit ein „Nein“, er schrieb alsdann vorfichtig: „Wieweit wir derartige Bestrebungen unterstützen, hängt von der Prüfung der Vorschläge im Einzelnen ab.“ Georg Schmidt ist sich seiner junkerfreundlichen Traditionen bewußt. Er weiß, daß ein Kampf gegen das Schnapsbrennen ein Kampf gegen die Junkerinteressen ist.

Wir sehen, wie sich eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den rechtssozialistischen Führern bildet unter der Parole: „Der Schnaps muß dem Volk erhalten bleiben.“ Es ist die gleiche Front, die auch sonst gegen alle proletarischen Interessen antritt.

Breslauer Nachrichten

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Die weiße Justiz fordert weiter ihre Opfer aus den Reihen des revolutionären Proletariats. Es gilt, dagegen zu protestieren. Es gilt, das Proletariat von der Notwendigkeit der Beweissicherung dieser Ausnahmegerichte und der ganzen bürgerlichen Rechtsprechung zu überzeugen.

Am **Mittwoch, den 22. Juni, abends 7 Uhr**, finden 2 öffentliche Protestversammlungen statt, die sich richten gegen:

Die Schandurteile der Ausnahmegerichte.

Polize: Zentralballstätte, Westendstraße.

Öffenes Festzelt, Wauwitzplatz.

Ergo: für Massenbesuch!

Es lebe die Orgesch — Nieder mit der „Roten Armee!“

Das außerordentliche Gericht in Breslau hat gegen eine ganze Anzahl Genossen der U.S.P.D. Anklage erhoben wegen Bildung einer „Roten Armee“. In ganz Schloffen wurden Ende März und Anfang April auf Grund eines beschlagnahmten Adressenzeichnisses ca. 25 Genossen verhaftet, von denen eine große Anzahl noch jetzt in Haft sitzen. Das Adressenmaterial bezog sich aber lediglich auf die Vorstehenden bzw. die Ortsgruppenleitungen der U.S.P.D. Durch geriebene Spitzel wurde dann hieraus eine angebliche „Rote Armee“ konstruiert. Diese Genossen sollen in den nächsten Tagen vom Ausnahmegericht abgeurteilt werden.

In ihrer Sonnabendnummer meldet die deutschsprachige „Schles. Tagespost“ unter der Überschrift: „Die Rechtsgültigkeit der Orgesch erneut bestätigt“, triumphierend:

Der Breslauer Bezirksauschuss verhandelte heute, Freitag vormittag, in mehreren vom Heimatschutzverband verfassungstreuer Schloffer angestrebten Verwaltungsstreitverfahren, in denen der Verband durch den Rechtsanwalt Czana vertreten war. Aus formellen und sachlichen Gründen gab der Bezirksauschuss in zwei Fällen der Klage statt und erklärte sowohl ein Verbandsverbot der Polizeiverwaltung als auch eine Auflösungsverfügung des Landrats von Kumpich für aufgehoben. Einer Klage gegen den Landrat von Reichsbach konnte aus formellen Gründen nicht stattgegeben werden, weil, wie der Bezirksauschuss ausdrücklich feststellte, gegen den dortigen Kreisverband des H. v. S. überhaupt kein rechtsgültiges Verbot vorliegt; die Kosten dieses Verfahrens wurden dem beklagten Landrat auferlegt. Die Landräte von Dols und Sienau haben ihre Auflösungsverfügungen inzwischen selbst schon zurückgenommen.

Wir stellen mit aufrichtiger Genugtuung fest, daß in diesem Augenblick, da die Feinde gegen die Orgesch durch das Entschloffenwerden einer gewissen, wie wir überzeugt sind, nur vorübergehenden Erfolg erlangen hat, von neuem die Unhaltbarkeit aller verurteilenden Ausweisungen über den „Heimatschutzverband“ gerichtlich festgestellt wurde.

Wir erlauben uns die ergebene Anfrage an den Anklagevertreter beim außerordentlichen Gericht, den Herrn Staatsanwaltschaftsrat Rogius, ob er gegen die Orgeschbanden, gegen die Zeitungen, die für die Orgesch, für bewaffnete Hanen Propaganda machen, einschreitet; ob er auch diese Leute vor das Ausnahmegericht stellt.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ wird von der Polizei beschlagnahmt, die Beschlagnahme wird von oben genannten Herrn bestätigt, schon wenn wir fordern, daß die Eisenbahner diese Orgeschbanden und Halbtagskämpfer eine Kontrolle über deren Verkehr ausüben soll. Wenn aber die Kommunisten in ihrer Liebe zur jetzigen Regierung von den Arbeitern verlangen, daß sie durch die Tat die Eisenbahner unterstützen sollen, diese Jünglinge aus den Reihen zu kassieren, so ist dies Auforderung zu Gewalttätigkeiten. Geben die Arbeiter gar so weit, daß sie durch ihre Bewaffnung der machtlosen Regierung zur Durchführung ihrer offiziellen Verbote helfen wollen, so ist dies Hochverrat, Aufruhr gegen Verfassung und alles Mögliche.

Wenn die „Tagespost“ heißt, daß die Verbote der Orgesch nur eine vorübergehende Erscheinung ist, dann müssen wir Arbeiter, gleich welcher Parteizugehörigkeit, mit allen Mitteln diesen Verbote entgegenzutreten. In Tat und Wahrheit ist aber die Orgesch noch nicht verboten, noch aufgelöst. Der „Schlesische“ in Oberschlesien wird nach dem Niederlegen des Aufstands ein neues Selbstbestimmungsorgan bilden. Diese Vorhände, die schon jetzt wüten vor allem gegen Arbeiter in D.S. werden versuchen das Proletariat niederzuwerfen. Dem gegenüber ist es unsere Aufgabe uns zu rufen, genau so wie das Bürgertum mit seiner Orgesch.

Die U.S.P. protestiert gegen die bayrische Mord-Liste

Die U.S.P. Breslaus hatte am Donnerstag zu einer Protestversammlung aufgerufen. Arbeiter aller Parteizugehörigkeiten, insbesondere auch die links von der U.S.P.D. stehenden, waren zahlreich erschienen.

Der Referent führte-Breslau, der erst einen Überblick über den Gang der Kämpfe gab, kam in dem ersten Teil seines Vortrags zu dem Schluss, daß das Proletariat sich zusammenfinden müsse, um auf dem Boden des Klassenkampfes gegen den Kapitalismus und damit gegen die Auswüchse, die zu den Verbrechen an den besten Führern des Proletariats führen, zu kämpfen.

Wenn er aber erklärte, daß man von der Regierung, die eine kapitalistische ist, verlangen müsse, daß sie gegen den weißen Schrecken vorzugehen wolle, dann verlagte er den Tonfall bei seiner Grundworte. Die mit so großem Glanz begonnene Protestaktion des bayrischen Proletariats wurde zum Zusammenbrechen, weil die Parteiführer der U.S.P. und der U.S.P.D. noch immer glauben, daß dem Wege der formalen Demokratie, auf dem Wege von Petitionen im bürgerlichen Parlament gegen die Herrschenden und den Klassenkampf kein Ziel zu kommen.

Mit dem Methoden des Klassenkampfes hat es auch nichts zu tun, wenn die U.S.P. darüber über große Rede zum Eintritt in eine Regierung, die sich auf den formalen demokratischen Rechtsstaat stützt, Selbst eine rein sozialistische Regierung wird dem Proletariat nicht Befreiung aus Not und Elend bringen.

Solange die Arbeiter in ihrer Klasse nicht erkennen die Notwendigkeit der Revolution aller bürgerlich-demokratischen Einrichtungen wird sie weiter verelenden.

Die Redner unserer Partei legten den Widerstand der U.S.P.-Politik in der Frage der Sanktionen, insbesondere aber ihre passivistische, jede Gewalt verwerfende Haltung in der Kampfmaßnahmen auseinander.

Gewerkschaftliches

Sum Verbandstag der Metallarbeiter

In den nächsten Wochen haben die Metallarbeiter ihre Delegierten zum bevorstehenden Verbandstag zu wählen. Von der Zusammensetzung dieser Tagung hängt es ab, welchen Kurs die größte deutsche Gewerkschaft in den nächsten zwei Jahren einhalten wird, es sei denn, daß ein neuer Novemberturnus in der Zwischenzeit die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse grundlegend ändert.

Unabhängige und Rechtssozialisten stehen bereit mitten im Wahlkampf. Auf der Vertragsung vom Mai haben sie ein Verzeichnis gegen die Kommunisten gerichtetes Bündnis abgeschlossen und sich verpflichtet:

„Die gegenseitige Unterstützung in der Abwehr der von Moskau ausgehenden Bestrebungen, der Errichtung einer Parteibildung in den Gewerkschaften, in die vorberste Elite zu stellen. Das ist insbesondere auch bei der Aufstellung der Kandidaten zum kommenden Verbandstag zu berücksichtigen.“

Hier ergibt sich die Frage: Wer gebraucht wen? Robert Dührmann hofft auf schlaue Weise seine Position mit Hilfe der Mehrheitssozialisten zu sichern. Wir möchten jedoch vorläufig noch glauben, daß die Mehrheitssozialisten nicht gewillt sind, in diesem Kampf lediglich die Geschäfte der Unabhängigen zu besorgen. Bei dem katastrophalen Rückgang der Unabhängigen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Mehrheitssozialisten auf dem Verbandstag bedeutend stärker als die Unabhängigen sein werden. Die Mehrheitssozialisten werden kaum geneigt sein, sich mit einem Dührmann zu begnügen, wenn sie einen Erfolg haben können. Eintracht wird aber noch außen hin Einigkeit vorgetäuscht, die in Wahrheit aber nur den Kommunisten gegenüber besteht.

„Die Herrschaften erblicken in den von der Moskauer Internationale und der U.S.P.D. ausgehenden Bestrebungen, die deutschen Gewerkschaften unter das Diktat einer politischen Partei zu stellen, eine schwere Gefahr für die Gewerkschaften.“

Dieser Satz gilt für die 74 Unterzeichner des Aufrufes offenbar nur, wenn es sich um die kommunistische Partei handelt. Unabhängige und Mehrheitssozialisten machen ja kein Hehl daraus, daß sie die Gewerkschaften unter den Einfluß ihrer Parteien bringen wollen. In der „Leipziger Volkszeitung“ wurde beispielsweise am 4. Juni so deutlich wie nur möglich ausgesprochen, daß die Unabhängigen versuchen müssen, alle

Arbeiter, Arbeiterinnen!

trag aller Unterdrückungsmaßnahmen von Polizei und Sondergericht lebt die

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Sie wird nach wie vor mit rückhaltloser Offenheit gegen alle Auswüchse, gegen die kapitalistische Gesellschaft überhaupt kämpfen.

Die Schlesische Arbeiter-Zeitung

wird kämpfen gegen die Verbrechen der wirtschaftsfriedlichen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbourgeois.

Gegen die Gewerkschaftsbourgeois, die im

Waldenburger Streif

nicht nur den Erfolg abgewürgt haben, sondern ihre Klassen-genossen

der weißen Bande in die Arme

getrieben haben.

Arbeiter! Genossen!

Schmeißt die bürgerlichen Wähler und die sozialdemokratischen vom Schilke der „Reitsucht“ und der „Bergwacht“ aus euren Wohnungen und laßt

Die Schlesische Arbeiter-Zeitung

einflußreichen Köpfen in den Gewerkschaften mit Parteilichkeit zu belegen, die sich auch bei ihrer Tätigkeit in den Gewerkschaften von den Grundfragen der U.S.P.D. keinen lassen jellen.

Besonders erheuernd wirkt, daß Robert Dührmann — der Diktator von Stuttgart, Halle, Nürnberg, Opladen — sich als Beschützer der „unbedingten Demokratie“ und des „Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder“ auspricht. Die Metallarbeiter wissen, daß ihnen erst eine kommunistische Zeitung das Selbstbestimmungsrecht höher wird. Die Führer vom Schilke der Dührmann, Paardes etc. können sich nur mit Hilfe des bürokratischen Apparates unter zunehmender Abhängigkeit des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder behaupten. Wir Kommunisten haben nichts übrig für die bürgerliche Demokratie. Wir erklären, daß nur die Diktatur des Proletariats die Überwindung des Kapitalismus möglich macht, aber die Demokratie innerhalb der Gewerkschaft erheben wir durchaus an. Ja noch mehr. Wir sind bereit, den Herren Demokraten in der Anwendung ihrer Grundzüge noch auf andere Gebiete zu folgen. Demokratie heißt Mehrheitsprinzip. In den Fabriken sind die Arbeiter und Angestellten zweifellos in der Mehrheit. Sind der U.S.P. und der U.S.P.D. bereit, dafür zu kämpfen, daß die Leiter der Produktion, die Körperlichkeiten, die über die Verteilung der Güter, die von Arbeitern und Angestellten erzeugt sind, verfügen, nach den Grundfragen der Demokratie gestellt werden? Wir sind bereit, diesen Kampf zu unterstützen. Wir sind auch dafür, daß die Schlichtungsanstalten nicht partiell, sondern nach den Grundfragen der Demokratie zusammengesetzt werden. Wir halten es für einen unerklärlichen Zustand, wenn ein Unterzeichner sozialer Vertreter in die Schlichtungsanstalten und Tarifkommissionen entsendet, wie 300 und mehr Arbeiter und Angestellte. Ihr unerwartetes Anhänger der „unbedingten Demokratie“, hier heißt Ihr noch ein weiteres Feld zu beackern. Wir, die wir als „Parteiliche“ und „Vertreter kleinerer Minoritäten“ bezeichnet werden, wir sind bereit, mitzuspielen. Wollt Ihr den Kampf wegen? Unsere Genossen werden im Wahlkampf gut tun, wenn sie den Dührmann die Frage stellen, wie sie sich zur Anwendung der Demokratie in diesen Sinne stellen.

Aus der Provinz

Kleine Anfrage des Genossen Sobotta.

Im Waldenburger Kohlenrevier sind in der Nacht vom 8. zum 9. Juni zahlreiche Bergarbeiter, unter anderen auch die Bergarbeiter Ulrich Gottesberg, Reimelt mit Koch-Niederhermendorf, ohne jeden Grund verhaftet und als Verbrecher unter einem großen Aufgebot von Schupo in Lastautos transportiert worden.

Wer hat die Verhaftung angeordnet?

Aus welchem Grunde geschah dies?

Wird das Staatsministerium die sofortige Freilassung der zu Unrecht ihrer Freiheit Beraubten verfügen.

An alle Ortsgruppen der U.S.P.D.

Parteilassen! Auf dem letzten Bezirksparteitag in Kletznitz haben eure Vertreter beschlossen, mit ihrer ganzen Kraft die Jugendbewegung moralisch und finanziell zu unterstützen. Sie haben gelobt mit Rat und Tat überall da, wo schon Ortsgruppen der kommunistischen Jugend vorhanden sind, diese zu unterstützen. Wo aber noch keine Ortsgruppen da sind, soll es Aufgabe der erwachsenen Arbeiter sein, solche ins Leben zu rufen.

Genossen, Genossinnen! Was habt ihr bisher getan!

Wir erkennen an, daß ihr zunächst eure ganze Kraft widmen müßt der Partei. Ihr müßt aber erkennen, daß eure Söhne und Väter dieselbe Pflicht und dasselbe Recht haben, mit teilzunehmen an dem Befreiungskampf des Proletariats. Deshalb, Genossen, arbeitet mit großer Kraft sofort; schreibt an die Bezirksleitung, wenn ihr einen Referenten für eine Jugendversammlung braucht. Schickt uns Material über die Jugendbewegungen der Jugendlichen, über Mißstände der bürgerlichen Jugendpflege. Die Jugend, die Avantgarde des revolutionären Proletariats hat bewiesen, daß es in allen Kämpfen an der Spitze marschiert.

Ergo, daß dies in Zukunft so bleibt.

Bezirksleitung der Komm. Jugend Schlesiens, Breslau, Nikolajstr. 49-50.

Die U.S.P. und die Erwerbslosen

Die sozialdemokratischen Zeitungen bringen in den letzten Tagen spaltenlange Leitartikel über die Arbeitslosenfrage. Sie erklären, daß ein in Berlin bestehender Reichserwerbslosenrat die Leidensgenossen im Reich zu zwingen, Ernst zu machen mit den 10 Forderungen des U.S.P. Diese Leute erklären, daß die Kommunisten versuchen, die Arbeitslosen vor ihren Parteikarren zu spannen. Um nun die Arbeitslosen zu überzeugen, daß die Gewerkschaften schon sehr viel zur Linderung der Not getan haben, zählen sie allerhand „Erfolge“ auf.

Zunächst bemerken wir, daß die U.S.P. nicht erst seit einigen Wochen, sondern schon immer die noch arbeitenden Kollegen und die Gewerkschaften getrieben hat, um endlich zu erkennen, daß es nicht so weitergeht. Auf Grund der Forderungen des „Offenen Briefes“ haben sich die Spitzenorganisationen erst bewegen gefühlt, etwas zu tun. Wir haben erklärt, daß die Kommunisten mit ihrer ganzen Kraft die 10 Forderungen des U.S.P. unterstützen werden. Es sind aber schon Monate vergangen, ohne daß die Arbeitslosen etwas von einer Besserung gespürt haben. Wenn Kommissionen gebildet sind, die die Auftragserteilung der Eisenbahnverwaltung kontrollieren, so trägt dies nicht unmittelbar zur Besserung teil. Die Zahlen des Reichsarbeitsministeriums zeigen, daß die Arbeitslosen nicht in geringerer Zahl geworden sind. Wenn der U.S.P. stolz behauptet, daß die Winterlücke der Erwerbslosenunterstützung weiter gewährt werden, so ist dies ein Tropfen auf den heißen Stein.

Es gibt außer den unterstützten Erwerbslosen noch Millionen, die keinen roten Heller erhalten. In Breslau gibt es 27-30000 Erwerbslose; davon werden aber nur 7000 unterstützt. So ist es im ganzen Reich. Den Glenden und Armen, die monatelang arbeitslos sind, ist nicht gedient mit Versprechungen auf lange Sicht. Sie wollen unmittelbar etwas sehen.

Die Sozialdemokraten und die Vertreter des U.S.P. hätten es vor ihrem Eintritt in die Regierung in die Hand gehabt, ultimativ zu verlangen, daß die Arbeitslosenfrage sofort erledigt wird. Wenn die Sozialdemokraten sich beschwerten, daß unorganisierte Massen die Gewerkschaftsbourgeois küssen, so bekreiten wir dies. Die Gewerkschaften sind durch ihre Taktik selbst schuld, daß sie es nicht verstanden haben, die Kollegen, die monatelang keine Unterstützung mehr bekommen, bei ihrer Organisierung zu halten. Die Gewerkschaftsbürokratie kann sich nicht mehr hineinverziehen in den Gedankengang eines hungernden Proleten.

Wir Kommunisten jagen den Arbeitslosen immer wieder: kämpft mit Entschlossenheit für eure Befreiung. Euer Kampf hat aber nur Aussicht auf Erfolg, wenn Ihr mit den Kollegen in den Betrieben zusammenschließt. Dazu ist Voraussetzung, daß Ihr in den Gewerkschaften bleibt. Nur durch die Zusammenfassung aller Arbeiter und Arbeitslosen zu einer einheitlichen Front können wir das Los der Arbeitslosen verbessern.

An alle Abonnenten und Kolportiere!

Wir bitten alle unsere Abonnenten rechtzeitig die Bestellung für den Monat Juli zu erneuern.

In allen Orten, wo Ortsgruppen der U.S.P. sind, muß ein Kolporteur gewählt werden, der dann keine Abonnentenzahl an den

Sozialistischen Verlag, Breslau, Nikolajstr. 49-50,

einbringen muß.

Geldsendungen gehen an Postkontokonto 23555 „Sozialist. Verlag e. G. m. b. H., Breslau.“

In Orten, wo keine Kolportiere sind, aber auch nur da müssen die Bestellungen bei der Post gemacht werden.

Gammelt für die Rote Hilfe

Breslau, Redaktion: Fritz Sommerfeld, Berlin — Verlag: Sozialist. Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, Gmbh., Berlin S. 14